

No. 41485

**Germany
and
Poland**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland to supplement the European Convention on Extradition of 13 December 1957 and to facilitate its application. Berlin, 17 July 2003

Entry into force: *4 September 2004 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 21*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 15 June 2005*

**Allemagne
et
Pologne**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne en vue de compléter la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957 et de faciliter son application. Berlin, 17 juillet 2003

Entrée en vigueur : *4 septembre 2004 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 21*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 15 juin 2005*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Vertrag

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

der Republik Polen

über die Ergänzung des

Europäischen Auslieferungsübereinkommens

vom 13. Dezember 1957

und die Erleichterung seiner Anwendung

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen**

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet -

in dem Wunsch, das Europäische Auslieferungübereinkommen vom 13. Dezember 1957 in der Fassung des Zweiten Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 - im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet - im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsparteien zu ergänzen und die Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze zu erleichtern -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird auch bewilligt, wenn das Maß der noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafe, Ersatzfreiheitsstrafe, Maßregel der Besserung und Sicherung oder bei mehreren noch zu vollstreckenden Freiheitsstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung deren Summe mindestens drei Monate beträgt.

Artikel 2

(zu den Artikeln 7 und 8 des Übereinkommens)

(1) Die ersuchte Vertragspartei wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach ihren Rechtsvorschriften ihrer Gerichtsbarkeit unterliegt, bewil-

ligen, wenn der Durchführung der Strafverfolgung im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Interesse der Wahrheitsfindung, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung der Vorzug zu geben ist.

(2) Absatz 1 wird entsprechend auf die Prüfung eines Ersuchens betreffend die Weiterlieferung an einen dritten Staat angewandt (Artikel 15 des Übereinkommens).

Artikel 3

(zu Artikel 9 des Übereinkommens)

Die Auslieferung wird nicht abgelehnt, wenn im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nur wegen Mangels der eigenen Gerichtsbarkeit kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren aus diesem Grund eingestellt worden ist.

Artikel 4

(zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Zur Beurteilung der Verjährung ist ausschließlich das Recht der ersuchenden Vertragspartei maßgebend.

Artikel 5

Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Strafantrags oder einer sonstigen Erklärung, die nur nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei zur Einleitung oder Fortsetzung eines Strafverfahrens erforderlich wären, nicht berührt.

Artikel 6

(zu den Artikeln 12 und 13 des Übereinkommens)

(1) Der Austausch von Auslieferungersuchen erfolgt zwischen dem Bundesministerium der Justiz oder den Justizministerien der Länder einerseits und dem Justizministerium der Republik Polen andererseits; dies schließt die Nutzung des diplomatischen Weges nicht aus. Auch der sonstige Schriftverkehr zwischen den Vertragsparteien erfolgt auf diese Weise, sofern das Übereinkommen oder dieser Vertrag es nicht anders regeln.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung oder der Vollstreckung des Rests einer Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung sind auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit der Strafe oder Maßregel dienenden Urkunden dem Auslieferungersuchen beizufügen.

(3) Die Übermittlung von Ersuchen um Beibringung notwendiger zusätzlicher Informationen nach Art. 13 des Übereinkommens sowie die Übermittlung dieser Informationen kann unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden beider Vertragsparteien erfolgen.

Artikel 7

(zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens gleich.

(2) Wird nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens um Zustimmung zur Verfolgung ersucht, so ist die Beifügung der in Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens erwähnten Unterlagen nicht erforderlich.

(3) Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung, dem die in Artikel 12 Absatz 2 Buchstaben a bis c des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beigelegt sind, kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei in Haft gehalten werden.

(4) Die ersuchte Vertragspartei verzichtet auf die Einhaltung der in Artikel 14 Absätze 1 und 3 des Übereinkommens festgelegten Beschränkungen, wenn sich der Verfolgte während des Auslieferungsverfahrens zu richterlichem oder staatsanwaltschaftlichem Protokoll nach Belehrung über deren Rechtswirkungen freiwillig und in vollem Bewusstsein der sich daraus ergebenden Folgen mit der uneingeschränkten Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einverstanden erklärt. Das Einverständnis kann nicht widerrufen werden. Die Erklärung des Verfolgten im Sinne des Satzes 1 wird der ersuchenden Vertragspartei im Original oder als beglaubigte Abschrift übermittelt.

(5) Nach der Auslieferung des Verfolgten kann das Einverständnis nach Absatz 4 Satz 1 nur vor dem Richter der ersuchenden Vertragspartei zu richterlichem Protokoll erklärt werden. Das Protokoll ist der ersuchten Vertragspartei im Original oder als beglaubigte Abschrift zu übermitteln. Der Stellung eines Ersuchens nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens bedarf es in diesem Fall nicht.

Artikel 8

(zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Stimmt die ersuchte Vertragspartei einer Weiterlieferung im Sinne des Artikels 15 des Übereinkommens nicht zu, so darf die ersuchende Vertragspartei auch keine Abschiebung der Person in den Vertragsstaat oder den Drittstaat vornehmen, der den Antrag auf Weiterlieferung gestellt hat.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an einen anderen Vertragsstaat des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die im Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die der um Zustimmung ersuchenden Vertragspartei übermittelt worden sind: Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegenden strafbaren Handlung die Auslieferung durch die um Zustimmung ersuchte Vertragspartei an den anderen Vertragsstaat oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel 9

(zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können von den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und den in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrags genannten Behörden den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei übersendet werden. Die nach Artikel 16 Absatz 2 zweiter Halbsatz des Übereinkommens erforderliche Angabe der strafbaren Handlung hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden einer Vertragspartei davon Kenntnis, dass sich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei eine Person befindet, deren Auslieferung von der anderen Vertragspartei begehrt werden kann, so werden sie diese Vertragspartei unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob sie die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist die andere Vertragspartei hiervon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungsersuchen und die beizufügenden Unterlagen nebst beglaubigter Übersetzungen vor deren Ablauf bei einer der in Artikel 6 Absatz 1 dieses Vertrags bezeichneten Stellen der ersuchten Vertragspartei eingegangen sind. Die in Artikel 16 Absatz 4

des Übereinkommens festgelegte Frist gilt auch als eingehalten, wenn die ersuchte Vertragspartei das Auslieferungsgesuchen nebst Anlagen vor deren Ablauf per Fernkopie erhält und die Originaldokumente unverzüglich übersandt werden.

Artikel 10

(zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird die ersuchte Vertragspartei auch über die Zustimmung zu einer Weiterlieferung entscheiden; sie wird diese Entscheidung allen Staaten bekannt geben, die um Auslieferung ersucht haben.

Artikel 11

(zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch bei der Vollstreckung einer Maßregel der Besserung und Sicherung angewendet.

(2) Gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens wird eine Person der ersuchenden Vertragspartei übergeben, sofern ihre Anwesenheit im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nicht zur Durchführung bestimmter Prozesshandlungen in einem dort anhängigen Strafverfahren erforderlich ist. Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

1. In dem Ersuchen werden die Prozesshandlungen, zu deren Durchführung die Person übergeben werden soll, ihrer Art nach bezeichnet.
2. Für die Dauer ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei wird die übergebene Person in Haft gehalten.

3. Nach Durchführung der Prozesshandlungen im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei oder auf Verlangen der ersuchten Vertragspartei wird die Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit rücküberstellt.
4. Die Zeit der im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei erlittenen Haft wird der Person in der ersuchten Vertragspartei auf die Strafe angerechnet.
5. Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel 12

(zu Artikel 20 des Übereinkommens)

- (1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so können auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder die als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben werden. Satz 1 gilt auch dann, wenn die bewilligte Auslieferung aus tatsächlichen Gründen nicht vollzogen werden kann.
- (2) Die ersuchte Vertragspartei gibt der ersuchenden Vertragspartei bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist. Die ersuchende Vertragspartei teilt der ersuchten Vertragspartei sobald wie möglich mit, ob sie auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, dass sie dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.
- (3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechts wird die ersuchte Vertragspartei bei der Übergabe von Gegen-

ständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, dass der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel 13

(zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat die darum ersuchte Vertragspartei die ihr übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Während der Durchlieferung wird jede Vertragspartei gegen eine von der anderen Vertragspartei an einen dritten Staat auszuliefernde Person wegen Handlungen, die vor der Durchlieferung begangen wurden, ohne die Zustimmung der ausliefernden Vertragspartei weder Strafverfolgungsmaßnahmen noch die Vollstreckung eines Urteils anordnen.

(3) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Zwischenlandung in dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei befördert werden, so ist eine Befassung der Vertragspartei, deren Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person deren Staatsangehörigkeit nicht besitzt und die strafbare Handlung, derentwegen ausgeliefert wird, keine politische oder rein militärische strafbare Handlung im Sinne der Artikel 3 und 4 des Übereinkommens ist.

(4) In Angelegenheiten der Durchlieferung und der Beförderung auf dem Luftweg findet der Schriftverkehr zwischen dem Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Justizministerium der Republik Polen statt.

Artikel 14
(zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Ersuchen um Auslieferung und Durchlieferung sowie den erforderlichen Unterlagen sind beglaubigte Übersetzungen in die Sprache der ersuchten Vertragspartei beizufügen.

Artikel 15
Schutz personenbezogener Daten
Definition

Personenbezogene Daten, im Folgenden Daten genannt, sind Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person.

Artikel 16
Schutz personenbezogener Daten
Zweckbindung

(1) Die Verwendung der aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages übermittelten Daten ist nur für den in dem Übereinkommen oder den in diesem Vertrag bezeichneten Zweck zulässig, für den die Daten übermittelt worden sind, und zu den durch die übermittelnde Stelle im Einzelfall vorgegebenen Bedingungen. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig:

1. für Zwecke, für die die Daten ebenfalls nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag übermittelt werden dürften,
2. zur Verfolgung von Straftaten,
3. zur Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,

4. für gerichtliche Verfahren und Verwaltungsverfahren, die mit den Zwecken nach Satz 1 und Satz 2 Nummern 1, 2 und 3 zusammenhängen, sowie

5. zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

(2) Eine Verwendung der Daten zu anderen Zwecken ist nur nach vorheriger Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei zulässig.

Artikel 17

Schutz personenbezogener Daten

Zusätzliche Bestimmungen

Zusätzlich gelten unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
3. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck und den Zweck der Speicherung Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit

eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

4. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist sie die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für Zwecke im Sinne des Artikels 16 nicht mehr erforderlich sind oder es sich herausstellt, dass sie sich auf unbeteiligte Dritte beziehen.
5. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten in geeigneter Weise festzuhalten.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
7. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach dem Übereinkommen oder nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Leistet die empfangende Stelle Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.

Artikel 18
Geheimschutz

Sollen aufgrund des Übereinkommens oder dieses Vertrages Daten übermittelt werden, die nach dem Recht der übermittelnden Vertragspartei einer Geheimhaltungspflicht unterliegen und als solche gekennzeichnet sind, kann diese ihre Übermittlung davon abhängig machen, dass die empfangende Vertragspartei die Geheimhaltungspflicht beachtet.

Artikel 19

(1) Das Bundesministerium der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium der Republik Polen werden nach Bedarf in unmittelbarem Benehmen Zusammenkünfte ihrer Vertreter vereinbaren, um die einheitliche Durchführung des Übereinkommens und dieses Vertrages sicherzustellen und bei ihrer Durchführung etwaig auftauchende Schwierigkeiten zu beseitigen. Soweit durch die zu erörternden Fragen der Geschäftsbereich anderer Behörden berührt wird, werden diese eingeladen werden, sich an den Zusammenkünften zu beteiligen.

(2) Stehen der Bewilligung der Auslieferung nach Auffassung der zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei wegen des Alters, des Gesundheitszustandes oder eines anderen die betreffende Person berührenden Umstands unter Berücksichtigung der Art der Straftat und der Interessen der ersuchenden Vertragspartei humanitäre Bedenken entgegen, verhandeln die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien darüber, wie diese Bedenken ausgeräumt werden können.

Artikel 20

(zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt eine der Vertragsparteien das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel 21

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

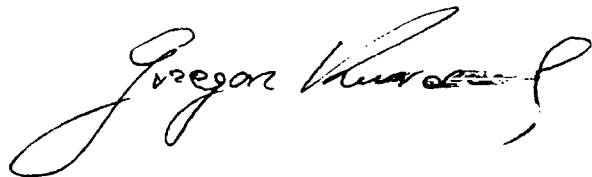
(2) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Er tritt sechs Monate nach Eingang der Notifikation der Kündigung außer Kraft. Er tritt auch ohne besondere Kündigung in dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Übereinkommen zwischen den Vertragsparteien unwirksam wird.

Geschehen zu *Berlin* am *17. Juli 2003* in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Für die
Republik Polen


Brigitta Zypis


Jozefon Kurczak

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

Umowa

między

Republiką Federalną Niemiec

a

Rzeczpospolitą Polską

o uzupełnieniu i ułatwieniu stosowania

Europejskiej Konwencji o ekstradycji z dnia 13 grudnia 1957 roku

Republika Federalna Niemiec

i

Rzeczpospolita Polska,

zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

pragnąc uzupełnić w stosunkach między dwoma Umawiającymi się Stronami Europejską Konwencję o ekstradycji z dnia 13 grudnia 1957 roku, w brzmieniu określonym przez Drugi Protokół Dodatkowy z dnia 17 marca 1978 roku, zwaną dalej Konwencją, oraz ułatwić stosowanie zawartych w niej zasad,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

(do artykułu 2 Konwencji)

Zezwala się także na wydanie, jeżeli wymiar kary pozbawienia wolności, zastępczej kary pozbawienia wolności, środka zabezpieczającego, jakie mają być jeszcze wykonane, a w wypadku kilku kar pozbawienia wolności, zastępczych kar pozbawienia wolności lub środków zabezpieczających, jakie mają być jeszcze wykonane, jeżeli ich suma, wynosi co najmniej trzy miesiące.

Artykuł 2

(do artykułów 7 i 8 Konwencji)

(1) Wezwana Umawiająca się Strona zezwoli na wydanie osoby za przestępstwo, które według jej ustawodawstwa należy do jurysdykcji jej sądów, jeżeli przeprowadzenie ścigania

karnego na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony jest pożądane w celu ustalenia prawdy, wymierzenia kary, wykonania kary lub resocjalizacji sprawcy.

(2) Ustęp 1 stosuje się odpowiednio do rozpatrywania wniosku o ponowne wydanie państwu trzeciemu (artykuł 15 Konwencji).

Artykuł 3

(do artykułu 9 Konwencji)

Nie odmawia się wydania osoby, jeżeli na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony nie wszczęto przeciwko tej osobie postępowania karnego tylko z powodu braku jurysdykcji lub jeżeli z tego powodu umorzono już wszczęte postępowanie karne.

Artykuł 4

(do artykułu 10 Konwencji)

Dla oceny przedawnienia właściwe jest wyłącznie prawo wzywającej Umawiającej się Strony

Artykuł 5

Zobowiązanie do wydania nie zostaje naruszone wskutek braku wniosku o ściganie lub innego oświadczenia, które stosownie tylko do prawa wezwanej Umawiającej się Strony byłoby wymagane do wszczęcia lub prowadzenia postępowania karnego.

Artykuł 6

(do artykułów 12 i 13 Konwencji)

(1) Wnioski o wydanie są przesyłane pomiędzy Federalnym Ministerstwem Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec lub ministerstwami sprawiedliwości krajów związkowych z jednej strony a Ministerstwem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej z drugiej strony; nie wyłącza to korzystania z drogi dyplomatycznej. Także dalsza wymiana pism pomiędzy Umawiającymi się Stronami odbywa się w tym trybie, o ile Konwencja lub niniejsza Umowa nie stanowi inaczej.

(2) W wypadkach odroczenia wykonania kary, przerwy wykonania kary, warunkowego zawieszenia wykonania kary albo warunkowego zwolnienia z odbycia reszty kary lub środka zabezpieczającego do wniosku o wydanie należy dołączyć także dokumenty stwierdzające, że kara lub środek podlega wykonaniu.

(3) Przesyłanie wniosków o dostarczenie niezbędnych dodatkowych informacji, o których mowa w artykule 13 Konwencji, jak również przesyłanie tych informacji może odbywać się bezpośrednio pomiędzy właściwymi organami obu Umawiających się Stron.

Artykuł 7

(do artykułu 14 Konwencji)

(1) Zwolnienie warunkowe osoby wydanej bez zarządzenia ograniczającego swobodę jej poruszania się, oznacza jej ostateczne zwolnienie w rozumieniu artykułu 14 ustęp 1 litera „b” Konwencji.

(2) Jeżeli na podstawie artykułu 14 ustęp 1 litera „a” Konwencji wnosi się o wyrażenie zgody na ściganie, to dołączanie dokumentów wymienionych w artykule 12 ustęp 2 litera „a” Konwencji nie jest konieczne.

(3) Po złożeniu wniosku o wyrażenie zgody, do którego załącza się dokumenty wymienione w artykule 12 ustęp 2 litera „a” do „c” Konwencji osoba wydana może być, nie bacząc na ograniczenia artykułu 14 Konwencji, przetrzymywana w areszcie na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony do chwili otrzymania decyzji rozstrzygającej ten wniosek.

(4) Wezwana Umawiająca się Strona zrzeka się przestrzegania ograniczeń ustalonych w artykule 14 ustępy 1 i 3 Konwencji, jeżeli w postępowaniu o wydanie osoba ścigana oświadczy dobrowolnie do protokołu przed sędzią lub prokuratorem, po pouczeniu o skutkach prawnych tego oświadczenia, z pełną świadomością tych skutków, swą zgodę na nieograniczone ściganie karne lub wykonanie kary. Zgoda taka nie może zostać odwołana. Oryginał oświadczenia osoby ściganej, o którym mowa w zdaniu 1, lub jego uwierzytelniony odpis przekazuje się wzywającej Umawiającej się Stronie.

(5) Po wydaniu osoby ściganej, zgoda na podstawie ustępu 4 zdanie 1 może być oświadczona jedynie do protokołu przed sędzią wzywającej Umawiającej się Strony. Oryginał protokołu lub jego uwierzytelniony odpis przekazuje się wezwanej Umawiającej się Stronie. Złożenie wniosku, o którym mowa w artykule 14 ustęp 1 litera „a” Konwencji, nie jest w tym wypadku konieczne.

Artykuł 8

(do artykułu 15 Konwencji)

(1) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona nie wyraża zgody na ponowne wydanie, o którym mowa w artykule 15 Konwencji, to wzywająca Umawiająca się Strona nie może również dokonać wydalenia osoby do innego państwa - strony Konwencji lub państwa trzeciego, które wystąpiło z wnioskiem o ponowne wydanie.

(2) Do wniosku o wyrażenie zgody na ponowne wydanie innej Umawiającej się Stronie Konwencji lub państwu trzeciemu należy dołączyć dokumenty wymienione w artykule 12 ustęp 2 Konwencji, które przekazane zostały Stronie występującej o wyrażenie zgody. Zgoda

zostanie udzielona, jeżeli za przestępstwo będące podstawą wniosku o wydanie dopuszczalne byłoby wydanie przez Stronę do której wystąpiono o wyrażenie zgody - innej Umawiającej się Stronie Konwencji lub państwu trzeciemu.

Artykuł 9

(do artykułu 16 Konwencji)

(1) Wnioski o tymczasowe aresztowanie mogą być przesyłane przez sądy, prokuratury i organy wymienione w artykule 6 ustęp 1 niniejszej Umowy do właściwych organów drugiej Umawiającej się Strony. Określenie przestępstwa wymagane zgodnie z artykułem 16 ustęp 2 zdanie 2 Konwencji powinno nastąpić poprzez krótki opis stanu faktycznego.

(2) Jeżeli właściwe organy jednej Umawiającej się Strony dowiedzą się o przebywaniu na terytorium tej Strony osoby, której wydania może zażądać druga Umawiająca się Strona, to wystąpią niezwłocznie do tej Strony w trybie określonym w artykule 16 ustęp 3 Konwencji z zapytaniem, czy Strona ta wystąpi o wydanie tej osoby. Jeżeli osoba ta znajduje się w areszci tymczasowym, zawiadamia się o tym niezwłocznie drugą Stronę z podaniem czasu aresztowania i miejsca osadzenia.

(3) Terminy określone w artykule 16 ustęp 4 Konwencji są zachowane, jeżeli wniosek o wydanie i załączone dokumenty wraz z ich uwierzytelnionym tłumaczeniem wpłynęły przed ich upływem do jednego z organów wezwanej Umawiającej się Strony wymienionych w artykule 6 ustęp 1 niniejszej Umowy. Termin określony w artykule 16 ustęp 4 Konwencji jest zachowany także wówczas, jeżeli przed jego upływem wezwana Umawiająca się Strona otrzyma telefaxem wniosek o wydanie wraz z załącznikami, a następnie niezwłocznie zostaną nadesłane oryginały dokumentów.

Artykuł 10

(do artykułu 17 Konwencji)

Wydając decyzję na podstawie artykułu 17 Konwencji, wezwana Umawiająca się Strona podejmuje także decyzję co do zgody na ponowne wydanie; o decyzji tej zawiadamia wszystkie państwa, które wniosły o wydanie.

Artykuł 11

(do artykułu 19 Konwencji)

(1) Artykuł 19 ustęp 1 Konwencji stosuje się także do wykonania środka zabezpieczającego.

(2) Na podstawie artykułu 19 ustęp 2 Konwencji osoba zostaje przekazana wzywającej Umawiającej się Stronie, o ile jej obecność na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony nie jest konieczna do przeprowadzenia określonych czynności procesowych w toczącym się tam postępowaniu karnym. Ponadto obowiązują następujące postanowienia:

1. we wniosku określa się rodzaj czynności procesowych, dla których przeprowadzenia ma być przekazana osoba,
2. w czasie pobytu na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony osoba przekazana będzie przebywać w areszcie,
3. po przeprowadzeniu czynności procesowych na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony lub na żądanie wezwanej Umawiającej się Strony osoba przekazana, bez względu na jej obywatelstwo, zostanie odesłana z powrotem,
4. okres pobytu w areszcie na terytorium wzywającej Umawiającej się Strony będzie zaliczony osobie na poczet kary na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony,

5. koszty wydania tymczasowego powstałe na terytorium wezwanej Umawiającej się Strony nie podlegają zwrotowi.

Artykuł 12

(do artykułu 20 Konwencji)

(1) W razie wyrażenia zgody na wydanie osoby, mogą zostać przekazane bez odrębnego wniosku i to w miarę możliwości razem z osobą wydaną, także przedmioty wymienione w artykule 20 Konwencji lub przedmioty uzyskane w zamian tych przedmiotów. Zdanie 1 obowiązuje również w wypadku, gdy wydanie osoby, na które wyrażono zgodę, nie może nastąpić z przyczyn faktycznych.

(2) Wezwana Umawiająca się Strona zawiadamia wzywającą Umawiającą się Stronę o tym, które z przedmiotów wymienionych w artykule 20 Konwencji zostały zabezpieczone i czy osoba, o której wydanie się wnosi, zgadza się na ich bezpośredni zwrot pokrzywdzonemu. Wzywająca Umawiająca się Strona zawiadamia możliwie jak najszybciej wezwaną Umawiającą się Stronę o tym, czy zrzeka się przekazania przedmiotów pod warunkiem, że zostaną one wydane pokrzywdzonemu lub jego pełnomocnikowi.

(3) Jeżeli wezwana Umawiająca się Strona zrzekła się zwrotu wydawanych przedmiotów, to przy ich wydawaniu nie będzie korzystała z prawa zatrzymania lub zajęcia tych przedmiotów stosownie do przepisów prawa celnego lub podatkowego, chyba że samego pokrzywdzonego w wyniku przestępstwa właściciela tych przedmiotów obciążają takie opłaty.

Artykuł 13

(do artykułu 21 Konwencji)

(1) Podczas tranzytu wezwana Umawiająca się Strona przetrzymuje w areszcie osobę jej przekazaną.

(2) Podczas tranzytu żadna z Umawiających się Stron nie będzie zarządzać działań dotyczących ścigania karnego ani wykonania wyroku wobec osoby wydawanej przez drugą Umawiającą się Stronę do państwa trzeciego, z powodu czynów popełnionych przed tranzytem, bez zgody Umawiającej się Strony dokonującej wydania.

(3) Jeżeli osoba wydawana przez państwo trzecie - jednej z Umawiających się Stron ma być przewieziona drogą lotniczą przez terytorium drugiej Umawiającej się Strony, bez międzyrządowania na terytorium tej Umawiającej się Strony, wówczas zawiadomienia Umawiającej się Strony, przez której terytorium ma się odbyć przelot, nie jest konieczne, jeżeli osoba ta nie posiada obywatelstwa tej Strony, a przestępstwo, z powodu którego dokonuje się wydania, nie jest przestępstwem politycznym ani przestępstwem wojskowym w rozumieniu artykułów 3 i 4 Konwencji.

(4) W sprawach tranzytu i przewozu drogą lotniczą wymiana pism odbywa się pomiędzy Federalnym Ministerstwem Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwem Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 14

(do artykułu 23 Konwencji)

Do wniosków o wydanie i tranzyt oraz załączanych do nich dokumentów dołącza się uwierzytelnione tłumaczenie na język wezwanej Umawiającej się Strony.

Artykuł 15

Ochrona danych osobowych

Definicja

Dane osobowe, zwane dalej danymi, oznaczają każdą informację o określonej lub możliwej do określenia osobie fizycznej.

Artykuł 16
Ochrona danych osobowych
Określenie celu korzystania z danych

(1) Korzystanie z danych przekazanych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy jest dopuszczalne jedynie w celu określonym w Konwencji lub Umowie, dla którego dane te są przekazywane, i na warunkach określonych w konkretnym wypadku przez organ przekazujący te dane. Ponadto korzystanie z tych danych jest dopuszczalne:

1. w celu, w jakim te dane mogłyby być również przekazane na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy,
2. w celu ścigania przestępstw,
3. w celu zapobiegania poważnym przestępstwom,
4. w postępowaniu sądowym i postępowaniu administracyjnym, które jest związane z celami wymienionymi w zdaniu 1 i zdaniu 2 punkt 1, 2 i 3 oraz
5. w celu ochrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego.

(2) Korzystanie z danych do celów innych jest dopuszczalne tylko po uprzednim wyrażeniu zgody tej Umawiającej się Strony, która przekazała te dane.

Artykuł 17
Ochrona danych osobowych
Postanowienia dodatkowe

Oprócz przepisów prawnych obowiązujących każdą z Umawiających się Stron, obowiązują dodatkowo następujące postanowienia:

1. na wniosek organ przyjmujący informuje organ przekazujący o sposobie wykorzystania przekazanych danych oraz o uzyskanych w ten sposób wynikach,

2. organ przekazujący jest zobowiązany do zwracania uwagi na prawdziwość przekazywanych danych oraz na potrzebę i współmierność ich przekazania do zamierzonego celu. Należy przy tym przestrzegać zakazów przekazywania danych obowiązujących w prawie wewnętrznym danej Umawiającej się Strony. Jeżeli okaże się, że przekazano dane błędne lub takie, których nie wolno było przekazywać, należy o tym niezwłocznie powiadomić organ przyjmujący. Organ ten jest zobowiązany poprawić lub zniszczyć te dane,

3. osobę zainteresowaną należy poinformować na jej wniosek o zgromadzonych o niej danych, o przewidywanym celu ich wykorzystania oraz o celu gromadzenia danych. Nie ma obowiązku udzielania informacji, jeżeli z porównania interesów wynika, że interes publiczny przemawiający za nieinformowaniem przeważa nad interesem osoby, której informacje dotyczą. Poza tym uprawnienie zainteresowanego do uzyskania informacji na temat posiadanych o nim danych reguluje prawo wewnętrzne tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o informację,

4. jeżeli prawo wewnętrzne mające zastosowanie wobec organu przekazującego, przewiduje szczególne terminy usunięcia przekazanych danych, organ przekazujący zwraca uwagę na ten fakt organowi przyjmującemu. Niezależnie od tych terminów przekazane dane należy usunąć, gdy tylko przestaną być potrzebne dla celu, o którym mowa w artykule 16, lub gdy okaże się, że dotyczą osób trzecich nie mających związku ze sprawą,

5. organ przekazujący i organ przyjmujący są zobowiązane do utrwalenia we właściwy sposób faktu przekazania i odbioru danych,
6. zarówno organ przekazujący jak i organ przyjmujący są zobowiązane do skutecznej ochrony przekazanych danych przed dostępem do nich osób do tego nieuprawnionych, nieuprawnionymi zmianami i nieuprawnionym ich ujawnieniem,
7. jeżeli jakkolwiek osoba zostanie bezprawnie poszkodowana na skutek przekazywania danych na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy, to za szkodę odpowiada organ przyjmujący, zgodnie z przepisami swego prawa wewnętrznego. W stosunku do poszkodowanego organ ten nie może w celu uwolnienia się od odpowiedzialności powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez organ przekazujący. Jeżeli organ przyjmujący wypłacił odszkodowanie za szkodę, spowodowaną wykorzystaniem przekazanych błędnie danych, to organ przekazujący zwraca organowi przyjmującemu całą kwotę wypłaconego odszkodowania.

Artykuł 18 Ochrona tajemnicy

Jeżeli na podstawie Konwencji lub niniejszej Umowy mają być przekazane dane, które według prawa przekazującej Umawiającej się Strony podlegają obowiązkowi zachowania tajemnicy i zostały w ten sposób oznaczone, przekazanie tych danych może zostać uzależnione od zapewnienia przestrzegania tego obowiązku przez Umawiającą się Stronę otrzymującą.

Artykuł 19

(1) Federalne Ministerstwo Sprawiedliwości Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwo Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej będą bezpośrednio uzgadniać, w razie potrzeby, spotkania swoich przedstawicieli w celu zapewnienia jednolitego wykonywania Konwencji i

niniejszej Umowy oraz w celu usuwania trudności mogących pojawić się podczas ich wykonywania. Jeżeli omawiane sprawy objęte będą właściwością innych organów, wówczas będą one zapraszane do uczestniczenia w spotkaniach.

(2) Jeżeli zdaniem właściwych organów wezwanej Umawiającej się Strony udzieleniu zgody na wydanie osoby stoją na przeszkodzie zastrzeżenia natury humanitarnej z powodu wieku, stanu zdrowia lub innych okoliczności dotyczących osoby, z uwzględnieniem rodzaju przestępstwa i interesów wzywającej Umawiającej się Strony, właściwe organy obu Umawiających się Stron omawiać będą sposób usunięcia tych zastrzeżeń.

Artykuł 20

(do artykułu 31 Konwencji)

Jeżeli jedna z Umawiających się Stron wypowie Konwencję, to wypowiedzenie staje się skuteczne w stosunkach między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską po upływie dwóch lat od daty otrzymania przez Sekretarza Generalnego Rady Europy notyfikacji o wypowiedzeniu.

Artykuł 21

(1) Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wejdzie ona w życie po upływie miesiąca od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

(2) Umowa niniejsza może być wypowiedziana na piśmie w każdym czasie. W takim wypadku Umowa utraci moc po upływie sześciu miesięcy od daty otrzymania notyfikacji o wypowiedzeniu. Umowa utraci moc także bez szczególnego jej wypowiedzenia w chwili, w której Konwencja utraci moc pomiędzy Umawiającymi się Stronami.

Sporządzono w *Berlinie* dnia *17 lipca 2003 roku*, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Federalnej Niemiec

Steady.
Brigitte Zyparis

W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej

Gregorz Karcus

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE REPUBLIC OF POLAND TO SUPPLEMENT THE EUROPEAN CON-
VENTION ON EXTRADITION OF 13 DECEMBER 1957 AND TO FACIL-
ITATE ITS APPLICATION

The Federal Republic of Germany and the Republic of Poland, hereinafter referred to as the "Contracting Parties",

Wishing to supplement the European Convention on Extradition of 13 December 1957, as amended by the Second Additional Protocol of 17 March 1978, hereinafter referred to as the "Convention" in relations between both Contracting Parties and to facilitate the application of the principles contained therein,

Have agreed as follows,

Article 1. (Ad article 2 of the Convention)

Extradition shall likewise be granted if the length of the prison sentence, alternative sentence to imprisonment, or measure for the prevention of crime and reformation of offenders still to be served, or in the case of several prison sentences, alternative sentences to imprisonment and measures for the prevention of crime and reformation of offenders still to be served, the sum thereof, amounts to at least three months.

Article 2. (Ad articles 7 and 8 of the Convention)

(1) The requested Contracting Party shall grant the extradition of a person in respect of an offence which, according to its law, is within its jurisdiction, if conduct of the criminal proceedings in the territory of the requesting Contracting Party is preferable in the interests of ascertaining the facts, for reasons of handing down or carrying out the sentence, or in the interests of rehabilitation.

(2) Paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* to the examination of a request for extradition to a third State (article 15 of the Convention).

Article 3. (Ad article 9 of the Convention)

Extradition shall not be refused if, within the territory of the requested Contracting Party, criminal proceedings have not been initiated, or criminal proceedings which have been initiated have been stayed, solely by reason of the lack of jurisdiction.

Article 4. (Ad article 10 of the Convention)

The law of the requesting Contracting Party shall apply exclusively to the determination of immunity from prosecution by reason of lapse of time.

Article 5

The obligation to extradite shall not be affected by the absence of a demand for prosecution or any other declaration which may be required solely under the law of the requested Contracting Party, for the institution or continuation of criminal proceedings.

Article 6. (Ad articles 12 and 13 of the Convention)

(1) Requests for extradition shall be exchanged between the Federal Ministry of Justice and the Ministries of Justice of the Länder on the one hand and the Ministry of Justice of the Republic of Poland on the other; this shall not preclude the use of the diplomatic channel. Other correspondence between the Contracting Parties shall likewise be conducted in this manner, except as otherwise provided by the Convention or this Agreement.

(2) In cases of suspension of sentence, interruption of sentence and the conditional suspension of the enforcement of a sentence or the execution of the remainder of a sentence or measure for the prevention of crime and reformation of offenders, the documents serving to determine the enforceability of the sentence or measure for the prevention of crime and reformation of offenders must be enclosed with the request for extradition.

(3) Requests for the production of the necessary supplementary information to which reference is made in article 13 of the Convention and this information itself may be transmitted directly between the competent authorities of both Contracting Parties.

Article 7. (Ad article 14 of the Convention)

(1) Conditional discharge without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be equivalent to final discharge within the meaning of article 14, paragraph 1, subparagraph b of the Convention.

(2) If, in accordance with article 14, paragraph 1, subparagraph a, of the Convention a request for consent to prosecute is submitted, enclosure of the documents mentioned in article 12, paragraph 2, subparagraph a, shall not be necessary.

(3) After submission of a request for consent, accompanied by the documents mentioned in article 12, paragraph 2, subparagraphs a to c of the Convention, the extradited person may be held in custody in the territory of the requesting Contracting Party, notwithstanding the restriction contained in article 14 of the Convention, until the decision concerning this request has been received.

(4) The requested Contracting Party shall dispense with compliance with the restrictions laid down in article 14, paragraphs 1 and 3 of the Convention if, during the extradition proceedings, the person being prosecuted voluntarily and in full awareness of the consequences, records by oral declaration before the judge or public prosecutor, that he or she agrees to unrestricted prosecution or execution of the sentence, after being cautioned as to the legal effects thereof. Consent may not be retracted. The statement of the person being prosecuted to which reference is made in the first sentence shall be transmitted to the requesting Contracting Party in the original or as a certified copy.

(5) After the person being prosecuted has been extradited, the consent to which reference is made in the first sentence of paragraph 4 may be recorded by oral declaration only before the judge of the requesting Contracting Party. The record must be transmitted to the requested Contracting Party in the original or as a certified copy. The submission of a request under article 14, paragraph 1, subparagraph a, of the Convention shall not be required in this case.

Article 8. (Ad article 15 of the Convention)

(1) If the requested Contracting Party does not consent to a re-extradition within the meaning of article 15 of the Convention, the requesting Contracting Party may not extradite the person to the Contracting State or third State which has submitted the request for re-extradition.

(2) The documents to which reference is made in article 12, paragraph 2, of the Convention, which have been transmitted to the Contracting Party requesting consent, shall be enclosed with a request for consent to re-extradition to another State party to the Convention or to a third State. Consent shall be given if extradition by the Contracting Party whose consent is requested to the other State party or third State would be admissible on account of the offence in respect of which extradition is requested.

Article 9. (Ad article 16 of the Convention)

(1) Requests for provisional arrest may be sent by the courts, public prosecutor's offices and the authorities mentioned in article 6, paragraph 1, of this Agreement to the competent authorities of the other Contracting Party. The statement of the offence required by article 16, paragraph 2, second sentence of the Convention must include a brief account of the facts of the case.

(2) If it comes to the knowledge of the competent authorities of one Contracting Party that a person whose extradition is desired by the other Contracting Party is present in its territory, they shall immediately enquire of the other Contracting Party through the official channel provided for in article 16, paragraph 3, of the Convention, if it wishes the extradition of this person. If the person is placed under provisional arrest pending extradition, the other Contracting Party must be immediately notified thereof and the date and time of arrest and place of custody must be indicated.

(3) The time limits specified in article 16, paragraph 4 of the Convention shall be met, if the extradition request and documents which must be enclosed with it, together with certified translations, have been received by the requested Contracting Party's authorities mentioned in article 6, paragraph 1, of this Agreement before these time limits expire. The time limit laid down in article 16, paragraph 4 of the Convention shall be deemed to have been met if the requested Contracting Party receives the extradition request and enclosures by telefax before expiry of this limit and if the original documents are transmitted forthwith.

Article 10. (Ad article 17 of the Convention)

When making a decision under article 17 of the Convention, the requested Contracting Party shall also decide on consent to re-extradition; it shall notify all States which have requested extradition of this decision.

Article 11. (Ad article 19 of the Convention)

(1) Article 19, paragraph 1, of the Convention shall also apply to the execution of a measure for the prevention of crime and reformation of offenders.

(2) In accordance with article 19, paragraph 2, of the Convention, a person may be surrendered to the requesting Contracting Party, provided that his or her presence in the territory of the requested Contracting Party is not required for the performance of certain steps in criminal proceedings pending there. For the rest, the following provisions shall apply:

1. The kind of steps for whose execution the person should be surrendered shall be specified in the request;

2. The surrendered person shall be held in custody for the duration of their stay in the territory of the requesting Contracting Party;

3. Irrespective of their nationality, the person shall be surrendered back after the performance of the steps in proceedings in the territory of the requesting Contracting Party, or at the request of the requested Contracting Party;

4. The period of time the person has spent in custody in the territory of the requesting Contracting Party shall be set off against the sentence in the requested Contracting Party;

5. The costs incurred in the territory of the requested Contracting Party by reason of temporary surrender shall not be reimbursed.

Article 12. (Ad article 20 of the Convention)

(1) If the extradition of a person is granted, the property to which reference is made in article 20 of the Convention, or obtained as compensation for such property, may, when this is possible, be handed over simultaneously with the person to be extradited, without a special request being required. The first sentence shall also apply if the extradition to which consent has been given, cannot be carried out for reasons of fact.

(2) The requested Contracting Party shall notify the requesting Contracting Party which items of the property mentioned in article 20 of the Convention have been seized and whether the person to be extradited agrees to the direct return of the property to the injured party. The requesting Contracting Party shall inform the requested Contracting party as soon as possible whether it forgoes the handing over of the property on condition that it is handed over to the injured party or to the authorized representative of that person.

(3) When handing over property or forgoing the return thereof, the requested Contracting Party shall not assert any customs lien or other liability in rem under the provisions of customs or taxation law, unless the property owner injured by the offence is themselves liable for the duty or tax.

Article 13. (Ad article 21 of the Convention)

(1) The Contracting Party requested to grant transit shall hold the person surrendered to it in custody throughout transit.

(2) During transit, no Contracting Party shall, without the consent of the extraditing Contracting party, order prosecution measures or the execution of a sentence against a person who is to be extradited by the other Contracting Party to a third State on account of acts which took place before transit.

(3) If a person being extradited by a third State to a Contracting Party is transported by air through the territory of the other Contracting Party without a stop-over landing in the territory of this Contracting Party, notification of the Contracting Party over whose territory the flight is made shall not be required if the person does not possess the nationality of the Contracting Party and the offence for which he or she is being extradited is not of a political or purely military character within the meaning of articles 3 and 4 of the Convention.

(4) Correspondence concerning transit and transport by air shall be conducted through the Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Republic of Poland.

Article 14. (Ad article 23 of the Convention)

Certified translations in the language of the requested Contracting Party shall be enclosed with requests for extradition and transit and the requisite documents.

Article 15. Protection of personal data

Definition

Personal data, hereinafter referred to as “data”, shall be information regarding a natural person who is, or can be, identified.

Article 16. Protection of personal data

Restriction to a specific use

(1) The use of data transmitted on the basis of the Convention or this Agreement shall be permissible only for the purpose specified in the Convention or in this Agreement, for which the data has been transmitted and on the conditions laid down in each case by the transmitting authority. Its use shall further be permissible:

1. For purposes for which the data may likewise be transmitted in accordance with the Convention or this Agreement;
2. To prosecute offences;
3. To prevent serious offences;
4. For court and administrative proceedings related to the purposes mentioned in the first sentence and in the second sentence in items 1 to 3, and
5. To avert considerable dangers to public security.

(2) Use of the data for other purposes shall be permissible only with the prior consent of the transmitting Contracting Party.

Article 17. Protection of personal data

Additional provisions

The following provisions shall also apply subject to the law in force in each of the Contracting Parties:

1. If so requested, the receiving authority shall inform the transmitting authority of the use to which the transmitted data is put and the results obtained thereby;

2. The transmitting authority shall be bound to ensure the correctness of the data to be transmitted and that transmission is necessary and commensurate with the purpose in question. At the same time, prohibitions on transmission laid down by the national law of the relevant country must be observed. If it is proved, that incorrect data or data which should not be transmitted has been transmitted, the receiving authority must be immediately informed thereof. It shall be bound to correct or destroy the data;

3. The person concerned shall, on application, be informed what data regarding their person exists, its intended use and the purpose for which it is being stored. No obligation to provide information shall exist if careful consideration shows that the public interest of not supplying information outweighs the interests of the person concerned to be given the information. In other respects, the right of the person concerned to receive information about personal data concerning them shall be governed by the national law of the Contracting Party in whose territory the information is requested;

4. If the national law applying to the transmitting authority provides for the deletion of transmitted data within particular periods, it shall notify the receiving authority thereof. Regardless of these periods, the transmitted data must be deleted as soon as it is no longer required for the purposes specified in article 16, or if it emerges that it refers to innocent third persons;

5. The transmitting and receiving authorities shall be bound to record the transmission and receipt of data in a suitable manner;

6. The transmitting and receiving authorities shall be bound to protect the transmitted data effectively against unauthorized access, alteration and publication.

7. If anyone is unlawfully injured as a result of transmissions of data exchanged under the Convention or under this Agreement, the receiving authority shall be liable for this injury in accordance with its national law. It may not be released from its liability towards the injured party by pleading that the damage has been caused by the transmitting authority. If the receiving authority pays compensation for damages caused by the use of erroneously transmitted data, the transmitting authority shall reimburse the receiving authority for the full amount of the compensation paid.

Article 18. Protection of secrecy

If, on account of the Convention or this Agreement, data is transmitted which is subject to the obligation to maintain secrecy under the law of the transmitting Contracting Party and which is marked as such, its transmission may be made subject to the condition that the receiving Contracting Party abides by the obligation to maintain secrecy.

Article 19

(1) The Federal Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Republic of Poland shall, in direct consultation, agree on meetings between their representatives, as required, in order to ensure the uniform implementation of the Convention and this Agreement and to dispose of any difficulties which might arise in the course of its implementation. If the questions to be discussed affect the area of responsibility of other authorities, the latter shall be invited to take part in these meetings.

(2) If, in the opinion of the competent authorities of the requested Contracting Party, humanitarian misgivings due to the age, state of health or other circumstances affecting the person concerned stand in the way of consent to extradition, taking into account the type of offence and the interests of the requesting Contracting Party, the competent authorities of both Contracting Parties shall discuss how these misgivings can be dispelled.

Article 20. (Ad article 31 of the Convention)

If one of the Contracting Parties denounces the Convention, the denunciation shall take effect in relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland two years after the Secretary General of the Council of Europe has received notification of the denunciation.

Article 21

(1) This Agreement requires ratification. It shall enter into force one month after the instruments of ratification have been exchanged.

(2) This Agreement may be denounced in writing at any time. It shall cease to have effect six months after receipt of the notification. It shall also cease to have effect without separate denunciation, when the Convention ceases to have effect between the Contracting Parties.

Done in Berlin on 17 July 2003 in duplicate, in the German and Polish languages, each text being equally binding.

For the Federal Republic of Germany:

CHROBOG

BRIGITTE ZYPRIES

For the Republic of Poland:

GRZEGORZ KURCZUK

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EN VUE DE COMPLÉTER LA CONVENTION EUROPÉENNE D'EXTRADITION DU 13 DÉCEMBRE 1957 ET DE FACILITER SON APPLICATION

La République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne dénommées ci-après les "parties contractantes",

Désireuses de compléter la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957 dans sa version du deuxième Protocole additionnel du 17 mars 1978 - dénommée ci-après la Convention - entre les deux parties contractantes et de faciliter l'application des principes qui y figurent,

Sont convenues de ce qui suit:

Article premier. (Ad article 2 de la Convention)

L'extradition est également autorisée si l'importance de la peine privative de liberté, de la contrainte par corps pour le recouvrement des amendes, des mesures de sûreté restant exécuter, ou en cas de pluralité de peines privatives de liberté, de contraintes par corps pour le recouvrement des amendes et de mesures de sûreté restant à exécuter est, toutes peines confondues, d'au moins trois mois.

Article 2. (Ad articles 7 et 8 de la Convention)

1) La partie contractante requise accorde l'extradition pour une infraction qui, selon sa législation, relève de sa juridiction lorsque priorité doit être donnée à l'exécution de la procédure pénale sur le territoire national de la partie requérante dans l'intérêt de l'établissement de la vérité, pour des motifs de fixation ou d'exécution de la peine ou dans l'intérêt de la réinsertion du contrevenant.

2) Le paragraphe 1 s'applique par analogie au contrôle d'une requête concernant la réextradition dans un État tiers (article 15 de la Convention).

Article 3. (Ad article 9 de la Convention)

L'extradition ne sera pas refusée si aucune action pénale n'a été engagée sur le territoire national de la partie contractuelle requérante à défaut uniquement de compétence juridictionnelle propre ou si une action pénale déjà engagée a été abandonnée pour le même motif.

Article 4. (Ad article 10 de la Convention)

Le droit de la partie contractante requérante sera déterminant à l'exclusion de tout autre pour porter un jugement en matière de prescription.

Article 5

L'obligation d'extrader existe même en l'absence de plainte ou d'une autre déclaration qui serait nécessaire selon la législation de la partie contractante requise pour engager ou poursuivre la procédure pénale.

Article 6. (Ad articles 12 et 13 de la Convention)

1) L'échange des demandes d'extradition s'effectue entre le Ministère fédéral de la Justice ou les Ministères de la Justice des pays d'une part et le Ministère de la Justice de la République de Pologne d'autre part; cette disposition n'exclut pas l'utilisation de la voie diplomatique. La correspondance échangée entre les parties contractantes s'effectue elle aussi de cette façon, à moins que la Convention ou le présent Accord n'en dispose autrement.

2) En cas de suspension ou d'interruption de peine ou de suspension conditionnelle de l'exécution d'une peine ou d'exécution du reste d'une peine ou d'une mesure de sûreté, les documents attestant leur caractère exécutoire sont joints à la demande d'extradition.

3) La transmission des demandes de présentation des informations complémentaires nécessaires conformément à l'article 13 de la Convention ainsi que la transmission de ces informations peuvent s'effectuer directement entre les autorités compétentes des deux parties contractantes.

Article 7. (Ad article 14 de la Convention)

1) La libération conditionnelle d'une personne extradée, si elle n'est pas assortie de mesures restreignant sa liberté, est assimilée, au sens de l'alinéa b, paragraphe 1 de l'article 14 de la Convention, à un élargissement définitif.

2) Si conformément à l'alinéa a, paragraphe 1, de l'article 14 de la Convention, un consentement en matière de poursuite est demandé, il n'est pas nécessaire de présenter les pièces mentionnées à l'alinéa a, paragraphe 2 de l'article 12 de la Convention.

3) Après la présentation d'une demande de consentement jointe aux pièces mentionnées au alinéas a à b, paragraphe 2 de l'article 12 de la Convention, la personne extradée peut être, nonobstant la réserve figurant à l'article 14 de la Convention, maintenue en détention sur le territoire national de la partie contractante requérante jusqu'à réception de la décision concernant cette demande.

4) La partie contractante renonce à l'application des restrictions visées aux paragraphes 1 et 3 de l'article 14 de la Convention si la personne poursuivie, après avoir été informée au cours de la procédure d'extradition des effets juridiques du procès-verbal du juge ou du procureur, se déclare d'accord, de son plein gré et en étant pleinement consciente des conséquences qui en résultent, avec la procédure pénale inconditionnelle ou avec l'exécu-

tion inconditionnelle de la peine. La personne poursuivie ne peut revenir sur son consentement. La déclaration de la personne aux fins de la phrase 1 est communiquée à la partie contractuelle requérante sous forme d'original ou de copie certifiée conforme.

5) Après extradition de la personne poursuivie, le consentement suivant paragraphe 4, phrase 1, concernant le procès-verbal du juge ne peut être déclaré que devant le juge de la partie contractante requérante. Le procès-verbal doit être transmis à la partie contractante requise sous forme d'original ou de copie certifiée conforme. La présentation d'une demande suivant alinéa a, paragraphe 1 de l'article 14 de la Convention n'est dans ce cas pas exigée.

Article 8. (Ad article 15 de la Convention)

1) Si la partie contractante requise n'accepte pas la réextradition visée à l'article 15 de la Convention, la partie contractante requérante ne peut pas non plus procéder à l'expulsion de la personne vers l'État contractant ou le pays tiers auquel la demande de réextradition a été présentée.

2) Toute demande de consentement à une réextradition vers un autre État contractant à la Convention ou vers un État tiers doit être accompagnée des pièces mentionnées au paragraphe 2 de l'article 12 de la Convention qui ont été communiquées à la partie contractante demandant le consentement. Le consentement est donné si l'extradition vers l'autre État contractant ou vers l'État tiers par la Partie contractante requérant le consentement était autorisé compte tenu de l'infraction au titre de laquelle l'extradition est demandée.

Article 9. (Ad article 16 de la Convention)

1) Les demandes d'arrestation provisoire peuvent être adressées par les tribunaux, le ministère public et les autorités citées au paragraphe 1 de l'article 6 du présent Accord aux autorités compétentes de l'autre partie contractante. L'indication de l'infraction exigée par la deuxième moitié de phrase, paragraphe 2, de l'article 16 doit s'accompagner d'un bref résumé des faits incriminés.

2) Si les autorités compétentes de l'une des Parties contractantes apprennent que se trouve sur le territoire de cette partie contractante une personne dont l'extradition peut être réclamée par l'autre partie contractante, elles demandent sans délai à celle-ci, par la voie prévue au paragraphe 3 de l'article 16 de la Convention, si elle réclame l'extradition de cette personne. Si la personne est mise en détention provisoire, l'autre partie contractante en est informée sans délai, avec indication de la date de l'arrestation et du lieu de détention.

3) Les délais visés au paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention sont respectés lorsque la demande d'extradition et les pièces à joindre accompagnées des traductions certifiées conformes sont parvenues avant leur expiration à l'un des services de la partie contractante requise visés au paragraphe 1 de l'article 6 du présent Accord. Le délai fixé au paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention est également considéré comme respecté lorsque la partie contractuelle requise a reçu la demande d'extradition accompagnée de ses annexes par télécopie avant leur expiration et que les documents originaux ont été immédiatement communiqués.

Article 10. (Ad article 17 de la Convention)

Lorsqu'elle prend la décision visée à l'article 17 de la Convention, la partie contractante requise se prononce également sur l'admissibilité de la réextradition; elle fait connaître sa décision sur ce point à tous les États ayant demandé l'extradition.

Article 11. (Ad article 19 de la Convention)

1) Le paragraphe 1 de l'article 19 de la Convention peut également être invoqué pour l'exécution d'une mesure de sûreté.

2) Conformément au paragraphe 2 de l'article 19 de la Convention, la personne est remise à la Partie contractante requérante pour autant que sa présence sur le territoire de la Partie contractante requise ne soit pas indispensable pour exécuter certains actes de procédure dans une action pénale en instance. Les dispositions suivantes sont en outre d'application:

1. La demande doit indiquer selon leur nature les actes de procédure pour lesquels la personne doit être remise.

2. La personne remise est maintenue en détention pendant toute la durée de son séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante.

3. Après l'accomplissement des actes de procédure sur le territoire de la Partie contractante requérante ou sur demande de la Partie contractante requise, la personne est rendue quelle que soit sa nationalité.

4. La durée de la détention subie sur le territoire de la Partie contractante requérante est imputée sur la peine à accomplir par la personne sur le territoire de la partie contractante requise.

5. Les dépenses occasionnées sur le territoire de la Partie contractante requise par la remise provisoire ne sont pas remboursées.

Article 12. (Ad article 20 de la Convention)

1) Si l'extradition d'une personne est accordée, les objets visés à l'article 20 de la Convention ou toute autre chose obtenue en contrepartie sont, si possible et sans demande spéciale, remis simultanément avec la personne à extraditer. La phrase 1 est également d'application si l'extradition ne peut être effectuée pour des raisons effectives.

2) La partie contractante requise fait savoir à la partie contractante requérante quels sont les objets visés à l'article 20 de la Convention qui ont été saisis et si la personne à extraditer accepte qu'ils soient directement restitués à la personne lésée. La Partie contractante requérante fait savoir dès que possible à la Partie contractante requise si elle renonce à la remise des objets à la condition que ceux-ci soient remis à la personne lésée ou à son mandataire.

3) Lors de la remise d'objets avec renonciation à leur restitution, la Partie contractante requise ne peut faire valoir l'existence d'un droit de gage douanier ou d'une autre sûreté réelle sur ces objets en vertu des dispositions de sa législation douanière ou fiscale, à moins

que le propriétaire des objets lésé ne soit lui-même redevable des droits ou de l'impôt en cause.

Article 13. (Ad article 21 de la Convention)

1) La Partie contractante requise du transit doit maintenir en détention la personne qui lui est remise pendant la durée du transit.

2) Pendant le transit, les Parties contractantes s'abstiendront d'ordonner, sans le consentement de la Partie contractante qui extradé, des poursuites en justice ou d'exécuter un jugement à l'encontre d'une personne à extradier par l'autre Partie contractante vers un État tiers pour des actes commis avant le transit.

3) Si une personne extradée par un État tiers vers une Partie contractante doit être transportée par avion à travers le territoire de l'autre Partie contractante sans escale sur le territoire de cette Partie contractante, une saisie de la Partie contractante dont le territoire est survolé n'est pas nécessaire lorsque la personne ne possède pas la nationalité de cet État et que l'infraction motivant son extradition n'est pas une infraction politique ou à caractère purement militaire telle que visée aux articles 3 et 4 de la Convention.

4) En matière de transit et de transport par avion, la correspondance est échangée entre le Ministère fédéral de la Justice de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de la Justice de la République de Pologne.

Article 14. (Ad article 23 de la Convention)

Les demandes d'extradition et de transit de même que les pièces nécessaires doivent être accompagnées de traductions certifiées conformes dans la langue de la Partie contractante requise.

Article 15. Protection des données relatives aux personnes

Définition

Les données relatives aux personnes, dénommées ci-après "les données" sont des informations au sujet d'une personne physique déterminée ou déterminable.

Article 16. Protection des données relatives aux personnes

Finalité

1) L'utilisation des données transmises en vertu de la Convention ou du présent Accord n'est autorisée que dans le cadre de l'objet désigné dans la Convention ou pour celui désigné dans le présent Accord pour lequel les données ont été transmises et aux conditions prescrites au cas par cas par l'organe transmetteur. L'utilisation est de plus autorisée:

1. À des fins pour lesquelles les données doivent également être transmises dans

le cadre de la Convention ou du présent Accord,

2. Aux fins de poursuivre des infractions,
3. Aux fins d'empêcher des infractions d'une importance considérable,
4. Pour des procédures judiciaires et des formalités administratives en rapport avec les finalités visées aux phrases 1 et 2, numéros 1, 2 et 3, ainsi
5. Qu'aux fins de se prémunir contre des dangers importants pour la sécurité publique.

2) L'utilisation des données à d'autres fins n'est autorisée qu'après avoir préalablement obtenu l'approbation de la Partie contractante effectuant la transmission.

Article 17. Protection des données relatives aux personnes

Dispositions additionnelles

Les dispositions additionnelles suivantes sont d'application sous réserve de la réglementation en vigueur de chacune des Parties contractantes:

1. Sur demande, la Partie réceptrice informe la Partie émettrice de l'utilisation des données transmises et des résultats ayant été ainsi obtenus.

2. La Partie émettrice est tenue de veiller à l'exactitude des données à transmettre, à leur utilité et à leur proportionnalité par rapport à l'objectif poursuivi en les transmettant. Il y a lieu en outre de respecter les interdictions de transmission applicables dans le droit interne respectif des Parties contractantes. S'il appert que des données sont inexactes ou que des données qui n'auraient pas dû être transmises ont été communiquées, la Partie destinatrice doit en être immédiatement informée. Elle est tenue de les corriger ou de les détruire.

3. S'il en fait la demande, l'intéressé doit recevoir des renseignements concernant les données existantes sur sa personne, sur ce à quoi il est prévu de les destiner ainsi que sur la raison de leur enregistrement. Aucune obligation de transmettre des renseignements n'existe dans la mesure où un examen de la situation démontre que la nécessité de ne pas les communiquer relève de l'intérêt général et prévaut sur celui de l'intéressé. En outre, le droit de l'intéressé consistant à obtenir des renseignements sur les données existantes sur sa personne se fonde sur le droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle les renseignements sont demandés.

4. Dans la mesure où le droit national applicable à la partie émettrice régissant les données transmises prévoit des délais particuliers d'effacement, celle-ci en informe la partie destinatrice. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins visées à l'article 16 ou s'il appert qu'elles se rapportent à un tiers non concerné.

5. La Partie émettrice et la Partie destinatrice sont tenues de transmettre et de recevoir les données d'une manière appropriée.

6. La Partie émettrice et la Partie destinatrice ont l'obligation de protéger de manière efficace les données transmises contre tout accès intempestif, toute modification et toute divulgation non autorisées.

7. Si une personne subit en violation du droit un préjudice dans le cadre de l'échange

des données en vertu de la Convention ou du présent Accord, la partie réceptrice répond dudit préjudice conformément à son droit interne. À sa décharge, elle ne peut se prévaloir du fait vis-à-vis de la personne lésée que le préjudice a été occasionné par la partie ayant transmis les données. Si la Partie destinatrice doit s'acquitter de dommages et intérêts résultant d'un préjudice occasionné par l'utilisation de données transmises inexactes, la Partie émettrice rembourse à la Partie destinatrice le montant total de l'indemnité ayant été versée.

Article 18. Protection des secrets

Si des données soumises conformément au droit de la Partie émettrice à une obligation de confidentialité devaient être en vertu de la Convention ou du présent Accord transmises et être qualifiées comme telles, la Partie émettrice peut conditionner la transmission des données au fait que la Partie contractante destinatrice respecte l'obligation de confidentialité.

Article 19

1) Le Ministère fédéral de la Justice de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de la Justice de la République de Pologne conviendront d'organiser, si besoin en était, des rencontres entre leurs représentants destinées à exécuter la Convention et le présent Accord de manière uniforme et à éliminer les difficultés susceptibles de se présenter. Si d'autres instances sont concernées par les questions du département devant être débattues, lesdites instances seront invitées à prendre part aux rencontres.

2) Si des réserves à caractère humanitaires s'opposent, selon les autorités compétentes de la Partie contractante requise en raison de l'âge, de l'état de santé ou d'une autre circonstance touchant la personne concernée, tout en tenant compte de la nature de l'infraction et des intérêts de la Partie contractante requérante, à l'approbation de l'extradition, les autorités compétentes des deux parties contractantes négocieront afin d'écarter lesdites réserves.

Article 20. (Ad article 31 de la Convention)

Si l'une des Parties contractantes dénonce la Convention, la dénonciation prendra effet entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne deux ans après que le Secrétaire général du Conseil de l'Europe aura reçu notification.

Article 21

1) Le présent Accord est soumis à ratification. Il entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Accord peut être dénoncé à tout moment par écrit. En pareil cas, il cessera d'être en vigueur après réception de la notification de dénonciation. Il deviendra également caduc sans qu'une dénonciation particulière soit nécessaire à la date à laquelle la Convention cessera d'être en vigueur entre les Parties contractantes.

Fait à Berlin, le 17 juillet 2003, en deux exemplaires originaux, chacun de ceux-ci en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

CHROBOG

BRIGITTE ZYPRIES

Pour la République de Pologne :

GRZEGORZ KURCZUK

